

Schlüssel Info Bolivien

Ein Beitrag der Fundación Pueblo/Dorfstiftung
zur Armutsbekämpfung in Bolivien

01/ 2009
23.01.2009



1/3

Die neue Verfassung und die Agrarreform

Am 25. Januar geht das bolivianische Volk schon wieder zu den Urnen, - dieses Mal um über die neue Verfassung abzustimmen, die seit mehr als drei Jahren die politische Agenda des Landes mitbestimmt hat:

Der Verfassungsprozess als Machtprobe

Als sich im August 2006 die vom Volk gewählte „Verfassungsgebende Versammlung“ in Sucre an die Arbeit machte, hatte damit der Präsident Evo Morales bereits eines seiner wichtigsten Wahlversprechen eingelöst. Doch die Forderung nach einer anderen Verfassung für den Andenstaat blieb auch fortan Streitpunkt zwischen den verschiedenen politischen Kräften des Landes. Ende 2007 lag ein neuer Verfassungstext vor, um dessen Abstimmung sich gewaltsame Auseinandersetzungen in Sucre entzündeten (siehe Schlüsselinfo 12/2007). Es brauchte fast ein Jahr, geprägt von weiteren sozialen und rassistischen Konflikten, bis sich eine Mehrheit im Parlament und Senat im Oktober 2008 auf einen Verfassungstext einigte, der nun zur Volksabstimmung vorgelegt werden kann. Die aktuellen Prognosen sagen, dass die neue Verfassung mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden wird.

Die Landreform - zwischen Notwendigkeit und Widerstand

Zu den strittigen Themen der neuen Verfassung zählt die Landbesitzfrage.

Wie in anderen südamerikanischen Ländern ist auch in Bolivien die Landverteilung ein Abbild der sozialen Ungleichheit: Kleinbauern und Indigenen im Hoch- und Tiefland fehlt Land. Sie wirtschaften entweder auf Miniparzellen, deren Fruchtbarkeit und Produktivität abnimmt, oder wandern in die Armenviertel der Städte ab. Währenddessen haben sich in den letzten Jahrzehnten im östlichen Tiefland ein paar Hundert mestizische Großgrundbesitzerfamilien und transnationale Firmen aus dem Agro-Business das ehemals walddreiche, fruchtbare Land aufgeteilt. Vor allem Rinder und Soja werden dort mit staatlichen Subventionen (z.B. für Diesel) produziert: der größere Anteil der Soja geht in den Export - in Zukunft zunehmend mehr für die vom Norden so dringend benötigten Agrartreibstoffe.

Die Agrarreform von 1953 hatte das dünn besiedelte Tiefland noch nicht im Visier. Erst in ihrer Folge begann einerseits die Zuwanderung der Hochlandbauern, andererseits die Landkonzentration für den Aufbau der Agrarindustrie: diese Ländereien sind oft unrechtmäßig erworben worden, ein Grossteil nicht zufällig in den 70er Jahren der Militärdiktaturen. Spätere Versuche, eine Agrarreform vor allem im landreichen Osten umzusetzen, waren immer wieder gescheitert - zu groß war der Einfluss der Landbarone auf die nationale Politik: viele der Führer der traditionellen, heute oppositionellen Parteien kamen und kommen aus diesen Kreisen.

Mit der Weiterführung der Agrarreform unter Sanchez Lozada in den 90er Jahren (Ley INRA) kam man nur schleppend und wenige Schritte vorwärts: es wurden zwar indigene Territorien auf staatlichem Land geschaffen, aber es konnte nicht ein Hektar privates Land enteignet werden - da das in der geltenden

Schlüssel Info Bolivien darf gerne weitergegeben werden. Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben. Ein Belegexemplar wird erbeten. Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:
e-mail: schluesselinfo@fundacionpueblo.org, Tel./ Fax (+591) (2) 2124413, Postfach/ Casilla 9564, La Paz-Bolivien
Gefördert vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED-Bolivien) im Rahmen des Programms Acceso Público der Fundación Pueblo.
Der DED nimmt keinen Einfluss auf die hier vertretenden Meinungen.

Schlüssel Info Bolivien

Ein Beitrag der Fundación Pueblo/Dorfstiftung
zur Armutsbekämpfung in Bolivien

01/ 2009
23.01.2009



2/3

Verfassung nicht vorgesehen ist, können entsprechende Verfassungsklagen solche Prozesse auf lange Zeit hinausschieben.

Als die MAS-Regierung vor drei Jahren an die Macht kam, waren die Erwartungen groß, dass die lang ersehnte Landreform endlich glücken würde - mit einer neuen Verfassung, die die Interessen der Armen, Kleinbauern und Landlosen berücksichtigt. In seiner radikalen Sprache hat der Präsident in den letzten Jahren immer wieder eine Agrar-Revolution gepredigt, die sich aus dem Verbot des Latifundiums, Landverteilung, günstigen Kredite, Mechanisierung (mittels Traktoren) und alternativen Märkte ergeben soll. Bisherige Versuche der gestärkten Agrarreformbehörde (Ley de Reconversión, 2006), Latifundien für die landlose indigene Bevölkerung verfügbar zu machen oder Land, auf dem Guarani-Indianerfamilien als Sklaven gehalten werden, zu enteignen, sind in den letzten Jahren auf erbitterten Widerstand gestoßen und meist verhindert worden – auch mit Gewalt, sogar gegen Vertreter der öffentlichen Hand. Um die wirtschaftlich-soziale Funktion für sonst als unproduktiv geltendes Land zu erfüllen, kamen viele Großgrundbesitzer auf die (irrwitzige) Idee, die Waldbestände ihrer Ländereien abzubrennen.

Errungenschaften des neuen Verfassungsentwurfs

Der neue Verfassungstext ist im Vergleich zur geltenden Verfassung mit über 400 Artikeln auf das Zweifache angewachsen. Dies dank vieler konzeptioneller und strategischer Erneuerungen und Definitionen. Sie sollen die in erster Linie der diskriminierten indigenen Bevölkerungsmehrheit zu Anerkennung und Mitwirkungsmöglichkeiten in Staat und Gesellschaft verhelfen. Viele wirtschaftliche, soziale und politische Fragen werden nun von der Verfassung geregelt.

In Bezug auf die Landreform enthält der Verfassungsentwurf nicht viel Neues, was nicht schon in den verschiedenen Agrarreformgesetzen festgeschrieben wurde. Die Neuerung: nun bekommen die Bestimmungen Verfassungsrang. Die wichtigsten Punkte:

- Nicht mehr der Staat sondern das bolivianische Volk ist Besitzer des Bodens.
- Individuelle Landtitel werden ebenso berücksichtigt wie kollektives Gemeindeland, was insbesondere für die indigene Bevölkerung wichtig ist.
- Das Eigentumsrecht über Land gilt nur solange, wie es eine soziale und wirtschaftliche Funktion erfüllt. Sonst kann Land enteignet werden.
- Großgrundbesitz wird verboten. Ob die Höchstgrenze bei 5.000 oder 10.000 Hektar liegen soll, darüber wird gesondert abgestimmt. Bislang lag die gesetzliche Höchstgrenze bei 50.000 Hektar.
- Die bisher vom Staat begünstigten agrarindustriellen Firmen werden nun auch vom Fiskus belangt werden

Erst nach den Gewaltakten im September 2008 (siehe Schlüsselinfo 5/2008) - und auf internationalen Druck - wurde der von der Verfassungsgebenden Versammlung ausgearbeitete Entwurf zwischen Regierung und Opposition verhandelt. Die Regierungsvertreter mussten während dieser Verhandlungen im Oktober Konzessionen zum Streitthema Landbesitz machen. In dem knappen, neu dazu gekommenen Artikel 399 wird nämlich das Prinzip der „Irretroaktivität“ eingeführt. Das heißt, dass die Höchstgrenze für

Schlüssel Info Bolivien darf gerne weitergegeben werden. Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben. Ein Belegexemplar wird erbeten. Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:

e-mail: schluesselinfo@fundacionpueblo.org , Tel./ Fax (+591) (2) 2124413, Postfach/ Casilla 9564, La Paz-Bolivien

Gefördert vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED-Bolivien) im Rahmen des Programms Acceso Público der Fundación Pueblo. Der DED nimmt keinen Einfluss auf die hier vertretenden Meinungen.

Schlüssel Info Bolivien

Ein Beitrag der Fundación Pueblo/Dorfstiftung
zur Armutsbekämpfung in Bolivien

01/ 2009
23.01.2009



3/3

Großgrundbesitz nicht rückwirkend gilt, sondern nur für künftig erworbenen Besitz. Alle existierenden Eigentumstitel (von denen im Osten des Lands nicht wenige über 10.000 Hektar liegen und bis zu 100.000 Hektar betragen können) werden auch mit dieser Verfassung nicht angetastet werden. Das hat mit der angekündigten Agrar-Revolution nicht mehr viel zu tun und ist eine herbe Enttäuschung für die sozialen Bewegungen, die jahrelang für die Landreform gekämpft haben.

In der extrem angespannten Situation kann es für die Regierung vorrangig gewesen sein, weitere Gewalt zu vermeiden und deshalb schwenkte sie in der Landfrage (und übrigens auch beim Thema der departamentalen Autonomien) von harter Konfrontation auf eine Kompromisshaltung um. Damit hat sie die Zustimmung der Opposition eingehandelt, die Verfassung dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Am 25. Januar 2009 soll der Grundstein für ein plurinationales, interkulturelles, dezentralisiertes Bolivien gelegt werden. Um die Verfassung mit entsprechenden Gesetzesprojekten in die Praxis umzusetzen, braucht die Regierung von Evo Morales aber vor allem mehr Zeit. Und dafür muss der Präsident die für Ende 2009 geplanten Neuwahlen gewinnen. Auch das wird in das politische Kalkül mit hinein gespielt haben.

Die ungerechte Landverteilung im Osten aber und die daraus resultierenden Landkonflikte werden die Regierung noch lange beschäftigen.

Claudia Heid

Quellen:

El Pulso, 17.11.08

www.ftierra.org

www.biodiversidadla.org: [Eduardo Gudynas](#) . Biocombustibles en Bolivia. Tensiones entre los sueños exportadores y las realidades nacionales

Schlüssel Info Bolivien darf gerne weitergegeben werden. Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben. Ein Belegexemplar wird erbeten. Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:
e-mail: schluesseinfo@fundacionpueblo.org , Tel./ Fax (+591) (2) 2124413, Postfach/ Casilla 9564, La Paz-Bolivien
Gefördert vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED-Bolivien) im Rahmen des Programms Acceso Público der Fundación Pueblo.
Der DED nimmt keinen Einfluss auf die hier vertretenden Meinungen.